

Schriftliche Frage Nr. 320 vom 13. März 2023 von Frau Stiel an Herrn Minister Antoniadis zum Thema Sparen¹

Frage

Am 27.01.2023 war im GrenzEcho² zu lesen, dass im Dezember eine europaweite Umfrage zu den Auswirkungen der Inflation auf das Konsumverhalten und die allgemeine finanzielle Situation durchgeführt worden sei. In Belgien seien 1.327 Menschen befragt worden, von denen 57 % angegeben haben, ihre finanzielle Situation habe sich im Vergleich zu 2021 deutlich verschlechtert. Im April 2022 sei dies nur bei 43% der Befragten der Fall gewesen. Frauen, Arbeitslose und in Brüssel und der Wallonie Wohnende seien am stärksten betroffen.

Gut 30 % der Befragten hätten kaum noch Spielraum, um neue Preissteigerungen aufzufangen und 40 % würden auf gespartes Geld zurückgreifen müssen, um über die Runden zu kommen. 8 % hätten sich von Familie oder Freunden Geld geliehen und 9 % haben sogar ein Kredit aufnehmen müssen, um die Lebenshaltungskosten zu decken.

Viele Menschen sind sparsamer geworden: 84 % sparen bei Freizeitaktivitäten, 80 % bei Lebensmitteln, 42 % bei der Gesundheitsversorgung und 94 % beim Heizen. Besonders die Energierechnungen sind für 66 % ein kaum zu bewältigendes finanzielles Hindernis.

70 % denken, dass die Unternehmen die Preissteigerungen als Gewinne verbuchen und mehr als 50 % seien der Ansicht, dass die Politik nicht in der Lage sei zu prüfen, ob die Preissteigerungen angemessen seien.

Auch die Menschen in der DG sind betroffen.

Bitte beantworten Sie uns folgende Fragen:

- In welchem Maß sind die Ergebnisse der Studie auf die DG übertragbar?
- In welchem Maß sind die Anfragen beim ÖSHZ seit Januar 2022 gestiegen? Dass diese gestiegen sind ist uns allen bewusst, aber können Sie uns dies anhand von Zahlen verdeutlichen?
- In welchem Maß sind mehr Menschen in der DG armutsgefährdet?

Antwort, eingegangen am 14. April 2023

In welchem Maß die Ergebnisse der obengenannten Studie auf die DG übertragbar sind, kann man nicht sagen, da den von uns kontaktierten Organisationen und Diensten größtenteils die nötigen Datenerhebungen fehlen, um eine fundierte Antwort zu geben. Um keine Mutmaßungen zu formulieren, verzichten sie auf eine Aussage. Aus diesem Grund kann kein kohärentes, repräsentatives Gesamtbild entstehen, mit dem man die Studie vergleichen könnte.

Die hohe Inflation hat einen großen Einfluss auf das Konsumverhalten und die allgemeine finanzielle Situation der Menschen. Ostbelgien ist keine Insel. Die Folgen dieser Entwicklung sind auch hier spürbar. Das steht außer Frage.

Sowohl die Föderalregierung als auch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Auswirkungen, hervorgerufen durch externe nicht zu beeinflussende Faktoren, so gut es geht in Grenzen zu halten. Dazu wurden alle Instrumente unserer Autonomie genutzt, um den Menschen in unserer Gemeinschaft zu helfen.

Dazu zählt seitens der DG-Regierung die Erhöhung der Zuwendungen an die Einrichtungen des nicht-kommerziellen Sektors um insgesamt 6,25 %. Zudem haben wir eine Energiepauschale an die WPZS gezahlt und somit für Kosten interveniert, die üblicherweise vom

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

² <https://www.grenzecho.net/art/d-20230126-40FPNU>.

Bewohner aufgefangen werden. Zusätzlich dazu wurde entschieden, alle Aktif- und AktiF-Plus-Zuschüsse sowohl für private Organisationen als auch für die Gemeinden zu indexieren.

Für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) und die häuslichen Hilfen in der DG wurde vereinbart, die Mittel um 9,25 % zu erhöhen. Zudem haben wir eine Energiepauschale an die WPZS gezahlt und somit für Kosten interveniert, die üblicherweise vom Bewohner aufgefangen werden.

Ferner haben wir die Gemeinde- und die Sozialhilfedotation an die Inflation angepasst, und das rekurrent um rund 6 Millionen Euro.

Es ist aber auch klar, dass den Menschen die Entwicklungen der vergangenen Monate bzw. Jahre zusetzt und ihnen in ihrer Not weiterhin geholfen werden muss. Dafür arbeite ich tagtäglich, um die Situation der Menschen in Ostbelgien zu verbessern.